

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XVI/46 - 24. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Gute Atmosphäre - aber Ergebnisse?</u> Nach dem Londoner Gespräch Adenauer-Macmillan	45
2 - 3	<u>Worum geht es in Südtirol?</u> Europäische und moralische Aspekte Von Richard Reitzner, MdB	96
4 - 5	<u>Eine Million oder eine Milliarde DM?</u> Wirrwarr bei der Entwicklungshilfe Von Hellmut Kalbitzer, MdB	58
5	<u>Schlechtes Gewissen</u> Das Bundespresecant und das Freie Fernsehen	27
6 - 7	<u>Frauen und öffentliche Meinung</u> Eine bemerkenswerte Tagung in Bergneustadt	75
8	<u>"... Bremen bleibt es allein überlassen"</u> Die Krise der Bergward-Werke - Antwort an Müller-Hermann, MdB	35

Gute Atmosphäre - aber Ergebnisse?

sp - An Bekundungen freundschaftlicher Gefühle füreinander hat es weder vor oder nach der achten Begegnung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem britischen Premierminister gefehlt. Beide Seiten versicherten sich des gegenseitigen Verständnisses, beide Seiten sprachen in ihren Trinksprüchen von der Notwendigkeit, nicht nur ein "politisches, sondern auch ein wirtschaftliches Europa zu schaffen" und Adenauer ging sogar so weit, zumindest deklamatorisch zu erklären, ohne Grossbritannien sei kein Europa möglich. Gewiss macht es schon einen Unterschied aus, in welcher Atmosphäre zwischenstaatliche Gespräche geführt werden. Im Vergleich zum frostigen Klima vor etwa einem Jahr sind die Beziehungen zwischen Bonn und London besser geworden, manche Missverständnisse konnten abgebaut werden, man bemühte sich um besseres Verständnis des gegenseitigen Standpunktes. Man kann Adenauer zu seinen neuen Erkenntnissen nur beglückwünschen, er hat sie nicht immer gehabt. Es gab eine Zeit, und diese liegt noch nicht allzu fern zurück, in der die Europa-Architekten - etwa der Kreis um Hallstein - glaubten, sie könnten ein Europa ohne oder gar in Gegensatz zu Grossbritannien zusammenzimmern.

Wenn der politische Normalverbraucher freilich die Frage stellt, was bei dieser achten deutsch-britischen Begegnung an brauchbaren, in die Zukunftweisenden Ergebnissen herausgekommen sei, so befindet er sich dabei in grosser Verlegenheit. Auf der Suche nach dem berühmten Brückenschlag zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem von Grossbritannien angeführten Block (EFTA) ist man kein Jota vorangekommen. Der von Bundeskanzler Adenauer befürwortete Vorschlag, im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) Grossbritannien an regelmässigen politischen Konsultationen der EWG-Länder zu beteiligen, reicht wohl bei weitem nicht aus, er ist weniger als eine Verlegenheitslösung und bleibt deshalb ohne praktische Wirkung. Ausserdem erfordert eine britische Teilnahme die französische Zustimmung. Aber das Frankreich de Gaulles zeigte bisher überhaupt keine Neigung, seine Europakonzeption in der Richtung zu ändern, dass Grossbritannien dann eine aktive Mitwirkung möglich wäre. Die schon bestehende Kluft wird noch durch die Unsicherheit Bonns vergrössert, ob es sich mehr der französischen oder der britischen Europapolitik zuneigen soll, eine Unsicherheit und ein Wankelmüt, der in den verschiedensten Äusserungen der verschiedensten Bundesminister seinen Niederschlag findet.

Die Gefahr einer zweiten Aufspaltung des noch freien Europa in sich gegenseitig bekämpfende Wirtschaftsböcke bleibt bestehen. Es wurde auch in London viel von Zusammenarbeit und von der Festigung Europas geredet, aber kein noch so freundlicher Trinkspruch kann darüber hinwegtäuschen, dass noch eine weite Wegstrecke zurückzulegen ist, ehe man so weit sein wird. In den Grundfragen dieser Zusammenarbeit klaffen Widersprüche und Risiken, die durch diese deutsch-britische Begegnung nicht beseitigt wurden.

Worum geht es in Südtirol?

Europäische und moralische Aspekte

Von Richard Reitzner, MdB

Freunde Südtirols im Deutschen Bundestag hatten Herrn Dr. Volgger, Mitglied des Südtiroler Landtages, nach Bonn eingeladen, um über das Thema "Worum geht es in Südtirol" zu sprechen. Im Namen der Einberufer konnte Bundestagsabgeordneter Dr. Bucher im vollbesetzten Hörsaal X der Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn, Dr. Volgger als einen Mann begrüßen, der seinen Widerstand gegen den Faschismus mit einigen Jahren KZ in Dachau "büßen" musste.

Worum geht es also in Südtirol? Zum besseren Verständnis der Lage ist es notwendig in der Geschichte zurückzublättern. Die Annexion Südtirols nach dem 1. Weltkriege war nicht zuletzt eine Folge der Wandlung Italiens vom europäischen zum nationalistischen Denken. Allerdings gab es auch 1919 und 1920 in Italien Männer, die diese Wandlung nicht mitmachten.

Widerspruch gegen Angliederung

Der Führer der Sozialisten Turati stellte anlässlich der Ratifizierungsdebatte des Friedensvertrages im italienischen Abgeordnetenhaus den Antrag, in Südtirol eine Volksabstimmung abzuhalten. Die Sozialistische Partei sprach sich entschieden gegen die Angliederung des deutschsprachigen Südtirols an Italien aus und 48 sozialistische Abgeordnete stimmten gegen die Ratifizierung des Vertrages von St. Germain, weil sie gegen die Eingliederung Südtirols in den italienischen Staat gewesen sind. Nach der Annexion hat man mit Versprechungen an die Südtiroler nicht gekargt.

König Viktor Emanuel erklärte am 1. Dezember 1919 in der Thronrede: "Die neuen an Italien angegliederten Gebiete stellen uns vor die Lösung neuer Aufgaben. Unsere freiheitliche Tradition wird uns den Weg weisen, auf dem wir in grösster Achtung vor den lokalen, autonomen Einrichtungen und Gebräuchen deren Lösung finden können."

Seitdem befindet sich Südtirol in Italien. Doch blieb das Südtiroler Volk in seinen wesentlichsten Teilen erhalten und unbrochen, bis der italienische Faschismus 1938 mit Unterstützung des Mannes, der sich "Führer aller Deutschen" nannte, zum letzten Mittel griff.

Am 23. Juni 1939 wurde schliesslich von der deutschen nationalsozialistischen und der italienischen faschistischen Regierung das Berliner Umsiedlungsabkommen unterfertigt. 70 000 Südtiroler, meistens Arbeiter und Angehörige des Mittelstandes, wurden nach Österreich und Deutschland umgesiedelt. Der Krieg verhinderte die totale Durchführung der Pläne der beiden Diktatoren.

Fortschreitende Entnationalisierung

Aber auch der Faschismus war nicht in der Lage, das kulturelle Gesicht Südtirols auszulöschen. Er konnte es nur übertünchen. Die

wirtschaftliche Struktur Südtirols allerdings ist zerstört worden. Industrialisierung und sozialer Wohnungsbau sind die Mittel für die Internationalisierung der Deutschen Südtirols. So ist heute die Lage.

Die bodenständige deutsche Bevölkerung in Südtirol geht in Merri-italienischer Zuwanderer unter. Die Südtiroler Jugend muss in die Fremde, da es für sie in der Heimat keinen Arbeitsplatz gibt. Wohnungen mit staatlicher Unterstützung werden fast nur für Italiener gebaut.

Der erste Siebenjahresplan der IMA-Casa hatte das Ergebnis, dass von 1 800 Wohnungen nicht ganze 100 an Arbeiter der deutschen Volksgruppe gingen. Gleichzeitig werden die Bergbauern immer stärker an die Hänge der Berge gedrängt. Die Landwirtschaft selbst bietet nur geringe zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten. Die Beschäftigung deutscher in Staatsbetrieben, in der Post und in der Eisenbahn, ist fast unmöglich, denn hier stolpern die meisten über die schweren Sprachprüfungen.

Klage der Gewerkschaften

In einem Rechenschaftsbericht des Südtiroler Gewerkschaftsbundes heisst es: "Wir müssen dauernd auf der Hut sein, dass nicht aus dem Süden zuwandernde Arbeiter unseren ortsansässigen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen." Diese Massnahmen der italienischen Regierung kann man nicht mit der wirtschaftlichen Notlage der Italiener in Kalabrien erklären oder entschuldigen. Es wäre Aufgabe der italienischen Regierung, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Südtirol selbst zu ordnen und dort Arbeit und Wohnung zu schaffen. Die italienische Regierung soll den Zanoni-Plan (zum Zwecke der Erschliessung der süditalienischen Notstandsgebiete) ausbauen und für dieses Gebiet mehr Mittel beim Investitionsfonds der Europakommission anfordern, aber nicht den arbeitenden Menschen in Südtirol den ihnen natürlichen, rechtlichen und vertrauten Lebens- und Arbeitsbereich in ihrer Heimat nehmen.

Nicht eingehaltener Vertrag

Als alle Schritte der Südtiroler, auf innerpolitischen Gebiet zu einer Bereinigung dieser bedenklichen Entwicklung ergebnislos verliefen, schaltete sich Österreich im Jahre 1956 erstmals in offizieller Form ein. Zweiseitige Gespräche mit Unterbrechungen zogen sich bis zum Juni 1960 hin. Die Forderung nach der Autonomie für Südtirol, so wie sie im Pariser Vertrag vom 5.9.1946 niedergelegt ist, lehnte die italienische Regierung ab. Der Sinn des Vertrages war, den ethnischen Charakter Südtirols zu erhalten. Der Pariser Vertrag hätte als ein Musterbeispiel für eine Lösung von Volkstumsfragen ohne Grenzverschiebung dienen können, indem er den Südtirolern die Erhaltung ihres Siedlungs- und Lebensraumes mit allen seinen Eigenheiten garantiert. Die Zusammenlegung aber der Provinz Bozen mit der italienischen Provinz Trient zu einer einzigen autonomen Region hat die Autonomie für Südtirol unmöglich gemacht. 1959 erklärte der österreichische Außenminister Dr. Kreisky, dass Österreich diese Frage vor die UNO bringen werde. Das ist nun geschehen. Im Sinne der UNO-Entscheidung haben dann Österreich und Italien, die beiden Partner des Pariser Abkommens, die Verhandlungen wieder aufgenommen. Wie wir wissen, ist die Konferenz in Mailand ergebnislos abgetroffen worden. Trotzdem will man es nochmals mit zweiseitigen Verhandlungen versuchen. Als Tagungsort ist Klagenfurt ausersuchen.

Wir wollen nichts voraussagen, aber es scheint mir notwendig auszusprechen, daß Italien mit Südtirol ein europäisches Pfand erhalten hat, an dem es beweisen könnte, daß es das deutsche Volkstum in Südtirol nicht aufsaugen will. Es ist der europäische und moralische Aspekt der Sache, der uns Anteil nehmen lässt. + + +

Eine Million oder eine Milliarde DM?

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

Aussenminister von Brentano hat am 20. Februar nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten mitgeteilt, dass er dem Präsidenten Kennedy als bundesdeutsche Leistung für die Entwicklungshilfe jährlich 4,2 Milliarden DM zugesagt habe. Die Amerikaner hatten diese Forderung - nach längerem Hick-hack in den vergangenen Monaten - in sehr bestimmter Form gestellt.

Das hierauf einsetzende Durcheinander zwischen den Bundesministern Ehrhard, Etzel und von Brentano zeigte eine völlige Konfusion über dieses entscheidende Thema der künftigen deutschen Politik. Dabei ist diese Frage nach dem Umfang der Entwicklungshilfe nicht etwa überraschend gestellt. Es war keine Hellschere sondern eine realistische Einschätzung der Weltlage, als die SPD schon am 22. Juni 1960 darauf hinwies, dass künftig etwa 5 Milliarden DM jährlich für die Entwicklungspolitik locker gemacht werden müssten. Zweifellos wäre die deutsche Position gegenüber den Amerikanern in den letzten Wochen stärker gewesen, wenn die Bundesregierung das Unabweisliche von sich aus und heizzeiten beschlossen hätte. Zwar war die Bundesregierung schliesslich bereit, etwa drei Milliarden DM für die Entwicklungshilfe für 1961 aufzubringen, aber immer wieder hörte man die Einschränkung, diese Summe sei einmalig; als ob man sich von der Politik mit einer einmaligen Leistung loskaufen könnte. In der Tat heisst einmal geben, immer wieder leisten, denn hiermit ist ein ganz neuer Weg der friedlichen Zusammenarbeit der Völker beschritten, der nur langfristig Erfolg verspricht.

Entsprechend dem konfusen Hin und Her über Art und Höhe der Leistungen sind die organisatorischen und gesetzlichen Vorbereitungen der Bundesregierung die notwendig sind, um diese Riesenbeträge zweckmässig und ohne vermeidbare Verluste zu verteilen.

Schon vor einem Jahr legte die Bundesregierung dem Bundestag ein "Gesetzentwurf zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland, insbesondere zu den Entwicklungsländern" (Drucksache 1597) vor, der sich zur Hälfte mit der Umorganisation der "Kreditanstalt für Wiederaufbau" befasste, der künftig die bankmässige Abwicklung der finanziellen Seite der Entwicklungshilfe übertragen werden soll. Das Grundkapital der Anstalt soll nach diesem Entwurf eine Million DM betragen. Nach dem die Regierung diesen Entwurf monatelang zurückgezogen hatte, legte sie ihn in dieser Woche nochmals vor. Inzwischen aber hat die gleiche Bundesregierung dem Bundesrat bereits einen anderen Gesetzentwurf (Drucksache Bundesrat 65/61) vorgelegt, der als Grundkapital dieser Anstalt das Tausendfache, nämlich eine Milliarde DM vorsieht.

Der Aussenhandelausschuss des Bundestages gab darauf hin diesen Teil des Gesetzentwurfes einmütig an die Regierung zurück mit dem Hinweis: er verlange schnellstens ein brauchbares Gesetz für die "Kreditanstalt für Wiederaufbau", weil ohnedem eine technische Voraussetzung für die Entwicklungshilfe fehle.

Aber auch der andere Teil des Gesetzentwurfes, der sich mit der notwendigen Regelung der Bundesbürgschaften für Kredite an die Entwicklungsländer befasste, wurde im Laufe der Sitzung ebenso einmütig der Regierung zurückgewiesen, da er den Erfordernissen in keiner Weise gerecht wird.

Der Bundestag muss sich baldigst mit der Frage beschäftigen, wie gesichert werden soll, dass diese vier Milliarden DM nicht unter die Räder fallen, sondern nach gesetzlichen Richtlinien - streng kontrolliert - vergeben werden. Bis jetzt fehlt es der Bundesregierung an einheitlicher Konzeption; statt dessen raufen sich die Minister um die Zuständigkeiten. Wie soll das erst werden, wenn es ans Verteilen geht?

+ + +

Schlechtes Gewissen

J.F. W. - Mit seiner Frage nach den Verbindlichkeiten, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit der kostspieligen Tätigkeit des Freien Fernsehens übernommen hat, gab der Abgeordnete Ritzel am 24. Februar in der Fragestunde des Bundestages dem Staatssekretär Felix von Eckhardt Gelegenheit, sein Gewissen zu erleichtern. Herr von Eckhardt hat, wie nicht anders zu erwarten, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Er verweigerte praktisch jede Auskunft und begründete seine Schweigsamkeit mit der bevorstehenden Karlsruher Entscheidung im Fernsehstreit. Hierbei blieb er die Erklärung darüber schuldig, was dieses Urteil über die Verfassungsklage der Länder gegen den Bund mit der vom Bundestag nicht gebilligten Privatabrede der Regierung mit den kommerziellen Fernsehern in Frankfurt zu tun hat. Herr von Eckhardt und sein Kanzler werden selbst nicht annehmen, dass sie das Karlsruher Urteil davor bewahren kann, dem Bundestag über ihre Vereinbarung mit dem Freien Fernsehen Auskunft zu geben. Es ist begreiflich, dass ihr schlechtes Gewissen die Bundesregierung dazu treibt, diese Abrechnung so lange wie möglich hinauszuschieben. Im Kanzler- und im Presseamt sollte man aber nicht vergessen, dass es noch andere Möglichkeiten als Erkundigungen in der Fragestunde gibt, um die Regierung zu veranlassen, ihre Karten in diesem dunklen Spiel offenzulegen - und um nötigenfalls auch ihr Erinnerungsvermögen zu stärken.

Immerhin leugnet nun auch das Presseamt nicht mehr, dass es dem Freien Fernsehen den Auftrag zu seiner Tätigkeit erteilt hat, die inzwischen schon über 100 Millionen DM kostete. Auch über die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben, wird noch im Bundestag gesprochen werden.

+ + +

Frauen und öffentliche Meinung

U.E. - "Frauen, Massenmedien und öffentliche Meinung" - dies war das Thema einer Begegnung, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung für den 20. und 21. Februar in ihre Bergneustädter Heimvolkshochschule eingeladen hatte. Der Kreis der Teilnehmerinnen war bewusst sehr weit gezogen worden: Neben einer Reihe von Presse- und Rundfunkjournalistinnen sowie Redakteurinnen von Frauenzeitschriften hatten sich Vertreterinnen der Frauengruppen in den drei grossen Parteien und in den Gewerkschaften der Bundesrepublik, der überparteilichen Frauenverbände und eine Anzahl "nur" meinungs-interessierter Zuhörerinnen eingefunden, - eine innerhin erwähnenswerte Zusammensetzung, da eine Frauentagung in so nahezu vollständiger Besetzung in der Bundesrepublik bisher kaum jemals stattgefunden hat.

Das Referat zum Generalthema hatte Frau Dr. Rosemarie Wenitz vom Bundespresse- und Informationsamt übernommen. Den Frauen, so sagte die Rednerin eingangs, fällt (wie der Gesellschaft schlechthin) im Prozess der modernen Meinungsbildung eine Doppelrolle zu: Sie sind gleichermaßen Trägerinnen und Manipulierte. Hauptrolle in diesem Prozess spielen die Massenkommunikationsmittel Presse (1300 bis 1400 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 16 Millionen Exemplaren, des weiteren etwa 6000 Zeitschriften einschl. Illustrierte mit einer Gesamtauflage von ca. 120 Millionen), Rundfunk (täglich etwa 20 bis 30 Millionen Hörer), Fernsehen (täglich etwa 12 Millionen Zuschauer) und Film (täglich etwa zwei Millionen Kinobesucher).

Die jahrhundertelange Abstinenz der Frauen am öffentlichen Leben klinge noch heute in ihrer vielbeklagten Interessenlosigkeit am öffentlichen Geschehen nach. Gerechterweise könne dieser Tatbestand jedoch nicht ausschliesslich der Frauen angelastet werden. "Die Frauenseite (Zeitungen) in ihrer heutigen Aufmachung kann den Analphabetismus der Frau sicher technisch, kaum aber geistig überwinden helfen." Das Gros der Zeitungsverleger, hauptsächlich an hohen Auflageziffern interessiert, wolle den Lesern jedwede geistige Gymnastik ersparen und ihnen stattdessen "Erholung, Entspannung und Unterhaltung" bieten.

Einen nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag zur sozialen Unrast leistete die - offene und versteckte - kommerzielle Werbung, deren Initiatoren und Träger der Amerikaner Packard treffend als "geheime Verführer" gekennzeichnet habe. Propaganda wirke um so nachhaltiger, je geringer Ur-

teilkraft und Sachverstand bei den von ihr Angesprochenen seien. Heute bediene sich die politische Propaganda weitgehend der Erkenntnisse und Methoden der Wirtschaftswerbung. "Es besteht kein Unterschied in der Technik, ein neues Waschmittel oder ein neues Wahlprogramm anzupreisen!"

Da die "geheimen Verführer" in Politik und Wirtschaft auf die unerfahrene und dadurch leicht manipulierbare Frau geradezu angewiesen und daher an grundlegender Abänderung des bestehenden Zustandes begrifflicherweise nicht interessiert seien, müssten es sich die Frauen selbst angelegen sein lassen, die vom Gesetz garantierte Gleichberechtigung vor allem hinsichtlich der Frauenausbildung im weitesten Sinne zu verwirklichen.

Frau Ingeborg Jahn, Bonner Korrespondentin der "Frankfurter Rundschau", die zum Thema "Frau und Presse" sprach, gab, nach einem interessanten Prozentvergleich zwischen zeitunglesenden Männern und Frauen, einen ausführlichen Rückblick auf die historische Entwicklung der Wechselbeziehungen zwischen Frau und Zeitung. Sie schilderte sodann den Beruf der Journalistin von seinen Anfängen her, die in Deutschland um den Beginn des 18. Jahrhunderts liegen, und zeichnete ein eindrucksvolles Bild von den Möglichkeiten, die sich in diesem von Frauen leider nur relativ selten ausgeübten Beruf in bezug auf das Mitsprechen der öffentlichen Meinung bieten.

Frau Dr. Friedel Hönke, Leiterin in der Abteilung Frauenfunk beim Westdeutschen Rundfunk in Köln, sprach über "Frau und Rundfunk". Der Rundfunk habe sich selbst die Aufgabe gestellt, für den Menschen schlechthin, nicht aber für Mann oder Frau zu wirken; von daher sei die Institution des Frauenfunks umstritten. Doch mit Rücksicht auf die traditionelle Reserve der Frau gegenüber den Dingen des öffentlichen Lebens solle der dadurch entstandene geistige Nachholbedarf bei vielen Hörerinnen erst einmal abgedeckt werden; unter diesem Gesichtspunkt sei dem Frauenfunk ein Platz in den Programmen offengehalten worden. Alsdann erläuterte die Rednerin an einigen Beispielen die aktive Mitwirkung der Frauen in den Rundfunkanstalten.

In der Diskussion kamen die Auffassungen der verschiedenen Richtungen innerhalb der organisierten Frauen zum Ausdruck, besonders wiesen die Verbandssprecherinnen darauf hin, dass auch die Frauenverbände als ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Meinungsbildung der Frauen anzusprechen seien.

"... Bremen bleibt es allein überlassen"

Der Bremer CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann hat in einem Artikel im Pressedienst seiner Partei behauptet, der Bremer Senat und der sozialdemokratische Betriebsrat der Borgward-Werke wären mitschuldig an der gegenwärtigen Krisensituation dieses Unternehmens. Dazu wurde von zuständiger Bremer Stelle erklärt:

Der CDU-Abgeordnete Müller-Hermann versucht die rein wirtschaftliche Affäre Borgward zu politisieren. Um dies zu erreichen, macht er aus Bürgermeister Kaisen, aus dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Boljan und aus dem Betriebsratsvorsitzenden Buchholz der Borgward-Werke politische Figuren, denen er einen Beschimpfungsfeldzug gegen Minister Erhard und die Bundesregierung vorwirft.

Kein Wort davon entspricht der Wahrheit. Dem Bremer Senat liegt ausschliesslich daran, das Werk und seine 20 000 Arbeiter zu retten, die Borgward-Gruppe wieder in Gang zu setzen und das Industriepotential Bremens zu erhalten. Wenn Müller-Hermann von einem Beschimpfungsfeldzug Kaisens spricht, so ist dies eine bodenlose Verleumdung, die durch nichts begründet ist. Bürgermeister Kaisen verdient an allerwenigsten eine solche Beschimpfung. Er hat als erster versucht, die Hilfe des Bundeswirtschaftsministers in Anspruch zu nehmen, damit dieser den Borgward-Betrieb ebenso wenig im Stich lässt wie viele andere der CDU verpflichteten Werke.

Die Wut Müller-Hermanns scheint darauf zu beruhen, dass es weder ihm noch seinem stärkeren Kollegen Krammig gelungen ist, Bonner Hilfe für die notleidende Borgward-Gruppe zu erreichen. Die SPD musste sich auch durch den Abgeordneten Hansing einschalten, um die Öffentlichkeit auf die tödliche Krise der Borgward-Werke aufmerksam zu machen und auf die Notwendigkeit schnellster Hilfe hinzuweisen.

Wenn die CDU glaubt, einen Wahlschlager aus ihrer möglichen Hilfe für das Borgward-Werk zu gestalten, so sei betont, dass neben Erhard auch Strauss zu einer Hilfsaktion nicht bereit ist, und dass auch der "Sanierungsstar" Dr. Semmler, der "Gustav-Gründgens" der deutschen Wirtschaft bei der Bonner Regiebung nichts erreicht hat, obgleich er bei der Bundesregierung ebenso wie Krammig und Müller-Hermann inständig darum ersuchte.

So bleibt es Bremen allein überlassen, einem freien Wirtschaftsbetrieb über eine schwere Krise hinwegzuhelfen.

+ + +